

Armenien-Resolution**Türkische Gemeinde beklagt Vertrauensverlust in deutschen Staat**

Die Armenien-Resolution schade der Integration, kritisiert die Türkische Gemeinde. Bundestagspräsident Lammert hingegen betont den Wert eines demokratischen Streits.

Bundestagspräsident **Norbert Lammert** (CDU) hat mit dem Verband der Türkischen Gemeinde in Deutschland (TGD) über die Armenien-Resolution des Bundestags und den massiven Streit darüber gesprochen.

Lammert folgte in Berlin einer Einladung der Türkischen Gemeinde und wurde bei dem Besuch vom besonders angefeindeten Grünen-Chef **Cem Özdemir** und der ebenfalls betroffenen Abgeordneten Cemile Giousouf (CDU) begleitet, wie der Bundestag mitteilte. Die Türkische Gemeinde hatte die Armenien-Resolution **zuvor als "Polit-Show" kritisiert**.

Der Bundestag hatte die Massaker im damaligen Osmanischen Reich 1915 an den Armeniern als Völkermord eingestuft. Vor allem türkischstämmige Abgeordnete waren daraufhin von Türken massiv beschimpft und bedroht worden. Sie stehen seitdem unter Polizeischutz. Die Türkische Gemeinde hat sich von den Drohungen distanziert - Lammert dankte dem Verband dafür.

Ihre Vertreter zeigten sich aber enttäuscht über die Resolution. Der Beschluss sei undifferenziert, pauschalisierend, einseitig und geeignet, der **Integration türkischstämmiger Bürger** in Deutschland zu schaden, heißt es in einer Pressemitteilung der TGD. "Das Vertrauen der Deutschlandtürken gegenüber dem deutschen Staat, dem deutschen Parlament und den etablierten Parteien, das in den letzten 60 Jahren mit viel Energie aufgebaut wurde, hat erheblichen Schaden genommen. Das politische Interesse an Deutschland wird durch die Resolution signifikant negativ beeinflusst", so der Verband. Es seien heftige Reaktionen von den mehr als 3 Millionen Deutschlandtürken zu erwarten, wenn etwa in den Schulen das Thema einseitig behandelt werde.

Bundestagspräsident Lammert betonte laut Mitteilung des Bundestags bei dem Treffen den demokratischen Wert eines kontroversen Diskurses über das Parlament. Volksvertreter aber mit Gewalt und Mord zu drohen und damit unter Druck setzen zu wollen, müsse als Angriff auf das gesamte Parlament und die Demokratie empfunden werden.

Lammert unterstützte zudem den Vorschlag, die Massaker durch eine internationale Historikerkommission klären zu lassen, wie es zuletzt auch Bundeskanzlerin Angela Merkel gefordert hatte.

anr/dpa/AFP

URL:

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/armenien-resolution-tuerkische-gemeinde-beklagt-schaden-fuer-integration-a-1099302.html>

